

# Europa geht auch solidarisch!

Für eine andere Europäische Union



Dr. Axel Troost, MdB

Mai 2017

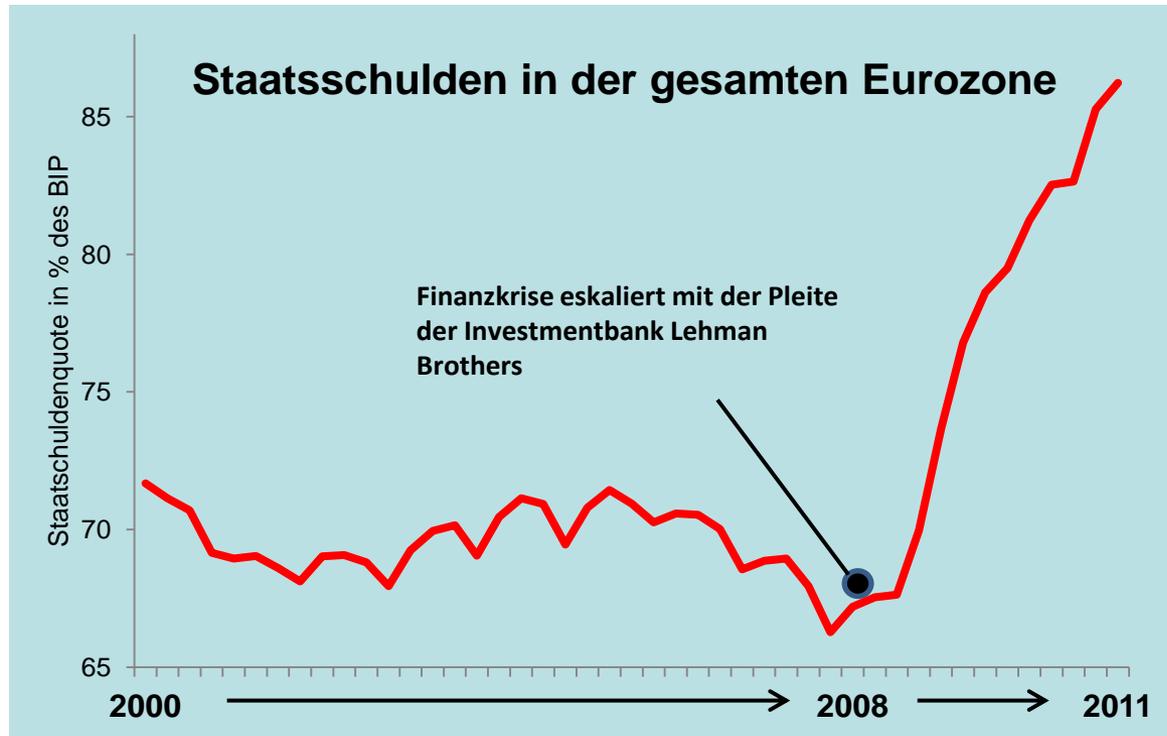
# Überblick

- I. Die existenzielle Krise der EU
- II. Raus aus dem Euro?
- III. Die Säulen einer radikalen EU-Reform

# I. EU in der Krise

- Spätfolgen der Finanz- und Wirtschaftskrise
- 2015/2016: Zuspitzung der Flüchtlingskrise
- Politische Krise der EU
  - Renationalisierungstendenzen  
Front National in Frankreich, FPÖ in Österreich, Geert Wilders in Niederlande, Fünf-Sterne-Bewegung in Italien, Orban-Regierung in Ungarn, PiS-Regierung in Polen, AfD, ...
  - Brexit

# Finanzkrise: Staatsschulden explodieren



Deutschland: Anstieg nur durch Bankenrettungen um ca. 300 Mrd. € (Bruttoschulden)

- Grundsätzlich entsteht Staatsverschuldung, wenn ein Staat mehr ausgibt als er an ordentlichen Einnahmen zur Verfügung hat. Um diese zusätzlichen Ausgaben zu decken, muss der Staat Kredite aufnehmen, üblicherweise für eine bestimmte Laufzeit. Diese Finanzierung nennt man **Nettokreditaufnahme** bzw. **Nettoneuverschuldung**.
- Ist das Ende der Laufzeit erreicht, muss der Kredit zurückgezahlt werden, woraufhin der Staat in aller Regel neue Kredite aufnimmt. Die Summe aus Nettokreditaufnahme und der Anschlusskredite zur Tilgung der ausgelaufenen Kredite nennt man **Bruttokreditaufnahme** bzw. **Bruttoneuverschuldung**.
- Die Nettokreditaufnahme nur einen kleinen Teil der Bruttoneuverschuldung aus. Im Jahre 2011 belief sich in Deutschland die Nettokreditaufnahme auf ca. 12 Mrd. Euro, wohingegen der allergrößte Teil (280 Mrd. Euro) der aufgenommenen Kredite zur Rückzahlung bestehender Schulden aufgewendet wurde.

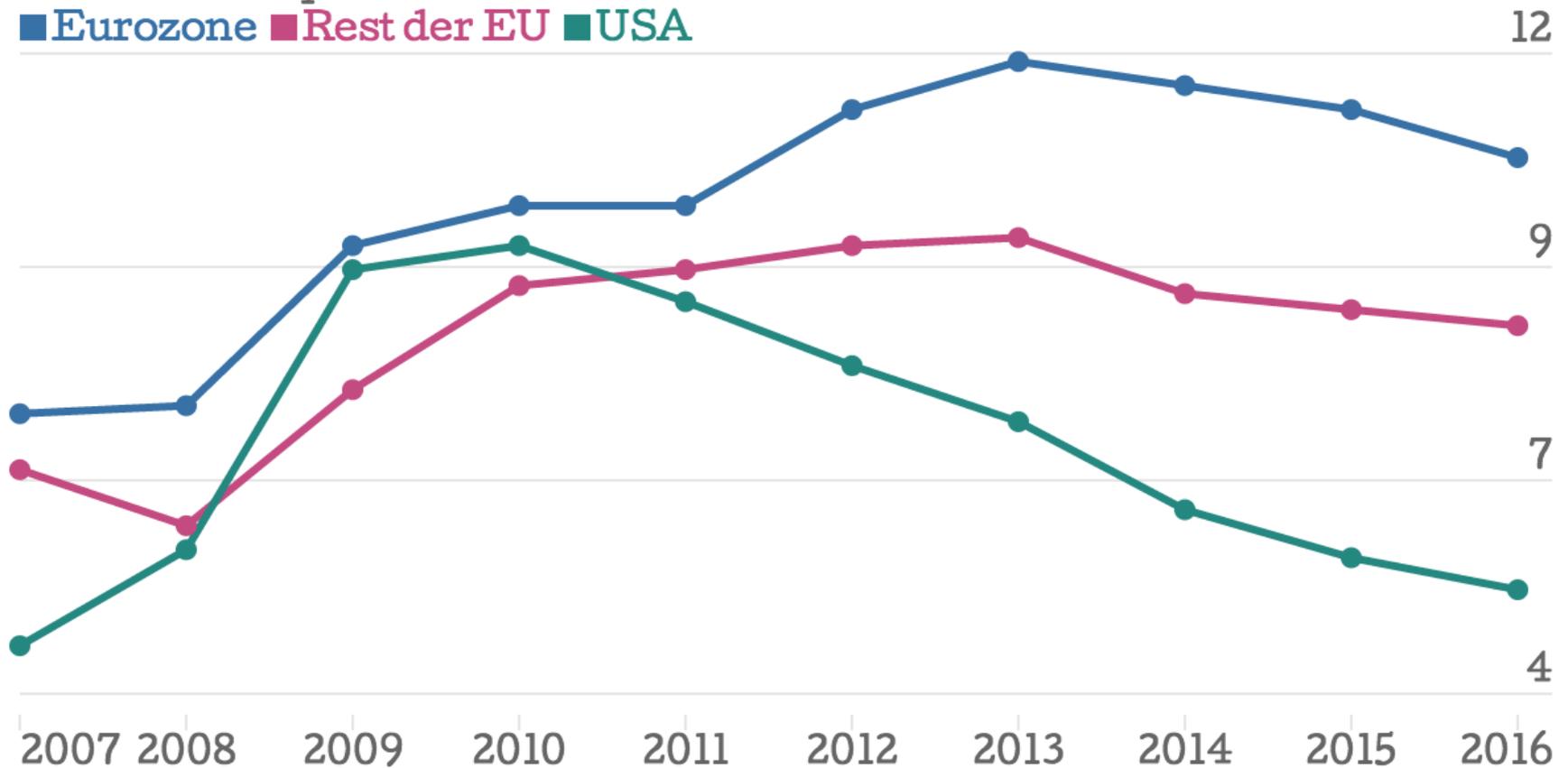
# Das verlorene Jahrzehnt

| Bruttoinlandsprodukt in Marktpreisen je Einwohner, 2006 = 100 |      |      |       |
|---|------|------|-------|
|   | 2000 | 2006 | 2016  |
| Irland  | 80,9 | 100  | 125,5 |
| Deutschland   | 93,4 | 100  | 111,0 |
| Österreich  | 91,7 | 100  | 104,9 |
| Niederlande   | 92,8 | 100  | 104,2 |
| Belgien   | 91,8 | 100  | 104,0 |
| Euroraum (19)   | 92,3 | 100  | 102,9 |
| Frankreich  | 94,0 | 100  | 102,5 |
| Portugal  | 96,4 | 100  | 99,9  |
| Spanien   | 88,9 | 100  | 98,8  |
| Finnland  | 86,0 | 100  | 96,4  |
| Italien   | 96,0 | 100  | 90,5  |
| Griechenland  | 79,8 | 100  | 76,9  |
| Nachrichtlich:  |      |      |       |
| EU-28   | 89,8 | 100  | 105,2 |
| Großbritannien  | 87,7 | 100  | 103,7 |
| Quelle: AMECO-Datenbank                                       |      |      |       |

# Gegensätzliche Strategien bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Arbeitslosenquote

■ Eurozone ■ Rest der EU ■ USA



NZZ.at

Quelle: Europäische Kommission

# Zahl der Verliererinnen und Verlierer in EU massiv gestiegen

- Arbeitslosigkeit erreicht 2013 Negativrekorde
  - Griechenland 27 %, Spanien 26 %, Portugal 16 %, Italien 12 %
  - Jugendarbeitslosigkeit von bis zu 55 %
- Schwächung der Gewerkschaftsmacht
  - In 13 von 28 EU-Staaten sanken zwischen 2008 und 2014 die Reallöhne
  - In 18 der 28 Staaten wurde verteilungsneutraler Spielraum nicht ausgeschöpft

European Commission: European Economic Forecast. Statistical Annex, Spring 2015, Brussels, Tab. 31 und 34

- In vielen Staaten tiefe Einschnitte in Sozialsysteme

## II. Raus aus dem Euro?

Alexander der Große zerschlug den gordischen Knoten mit einem einzigen Hieb:



Ist eine Euro-Auflösung auch so ein Befreiungsschlag?

# Konstruktionsfehler des Euros

- Geburtsfehler der Währungsunion:
  - reine Marktintegration
  - keine europäische Finanzpolitik, keine Finanzausgleichsmechanismen
  - keine Koordinierung der nationalen Lohnpolitiken
- Folge: massive Verwerfungen, die sich in den Leistungsbilanzen der Mitgliedstaaten manifestieren (außenwirtschaftliche Ungleichgewichte)

# Argumente der Euro-Gegner

- eine eigene Währung macht **Abwertungen** möglich und schwache Staaten können so schlagartig ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern und Reallohnsenkungen vermeiden
- Wechselkurse können durch System **fester, aber anpassungsfähiger Wechselkurse** stabilisiert werden
- demütigende ESM-Programme werden unnötig, endlich wieder eine **autonome Wirtschafts- und Finanzpolitik** möglich

# Argument 1: Abwertung

- Rückkehr zu eigener Währung macht **Abwertung** möglich
  - heimische Produkte werden im Ausland billiger
  - Exporte nehmen zu und Wirtschaft gewinnt Fahrt
- Probleme:
  - setzt exportfähige Wirtschaft voraus
  - Importe werden drastisch teurer (Energie, Lebensmittel, Medikamente, Maschinen, ...)
  - in fremder Währung nominierte Schulden explodieren
  - Löhne müssen trotzdem real fallen

# Argument 2: neues Währungssystem

- Wechselkurse können durch System **fester, aber anpassungsfähiger Wechselkurse** stabilisiert werden, ähnlich dem früheren Europäischen Währungssystem (EWS) vor Einführung des Euros
- Probleme:
  - Währungen im EWS waren häufig über längere Zeit über- oder unterbewertet
  - dies führte zu Leistungsbilanzungleichgewichten und spekulativen Attacken
  - EWS ist an seinen Schwächen zerbrochen

# Argument 3: neue Autonomie

- Euro-Ausstieg schafft Unabhängigkeit von Euro-Partnern
  - demütigende ESM-Programme werden unnötig
  - endlich wieder **autonome Wirtschafts- und Finanzpolitik** möglich, weil eigene Währung und Zentralbank
- Probleme:
  - Abwertungsländer geraten in Zins- und Schuldenfalle
  - Kapitalimporte kaum noch möglich
  - neuer Spardruck zwingt zu drastischer Austeritätspolitik
  - falls Zuflucht zu IWF-Hilfen: neue Reformauflagen

# III. Die Säulen einer radikalen EU-Reform



radikal  $\neq$  einfach

# Im Überblick:

1. Ein Ende der Austerität
2. Eine europäische Ausgleichsunion
3. Eine gemeinschaftliche Schuldenpolitik
4. Wege zu einer europäischen Sozialunion
5. Schrumpfung der Finanzmärkte und schlagkräftigere Steuerpolitik
6. Eine demokratisch legitimierte Europäische Wirtschaftsregierung

# 1. Ein Ende der Austerität

## ■ Expansive Fiskalpolitik:

- Aufhebung des Fiskalvertrags und aller Formen der Schuldenbremse
- Vergrößerung des EU-Haushalts
- Steuerung der Eckwerte der nationalen Haushalte durch Europäisches Parlament und Europäische Wirtschaftsregierung

## ■ Europäisches Investitionsprogramm:

- Investitionsfelder: Energieeffizienz und Erneuerbare Energien, industrielle Modernisierung, Ausbau und Erhalt der öffentlichen Daseinsfürsorge und Verkehrsinfrastruktur, schnelle Internetverbindungen, Bildung und Forschung, sozialer Wohnungsbau, ...
- Konjunktur- und Zukunftsinvestitionsprogramm
- ggfs. gezielte Förderung von Projekten in Süd-, Mittel- und Osteuropa zum Abbau des Entwicklungsgefälles in der EU

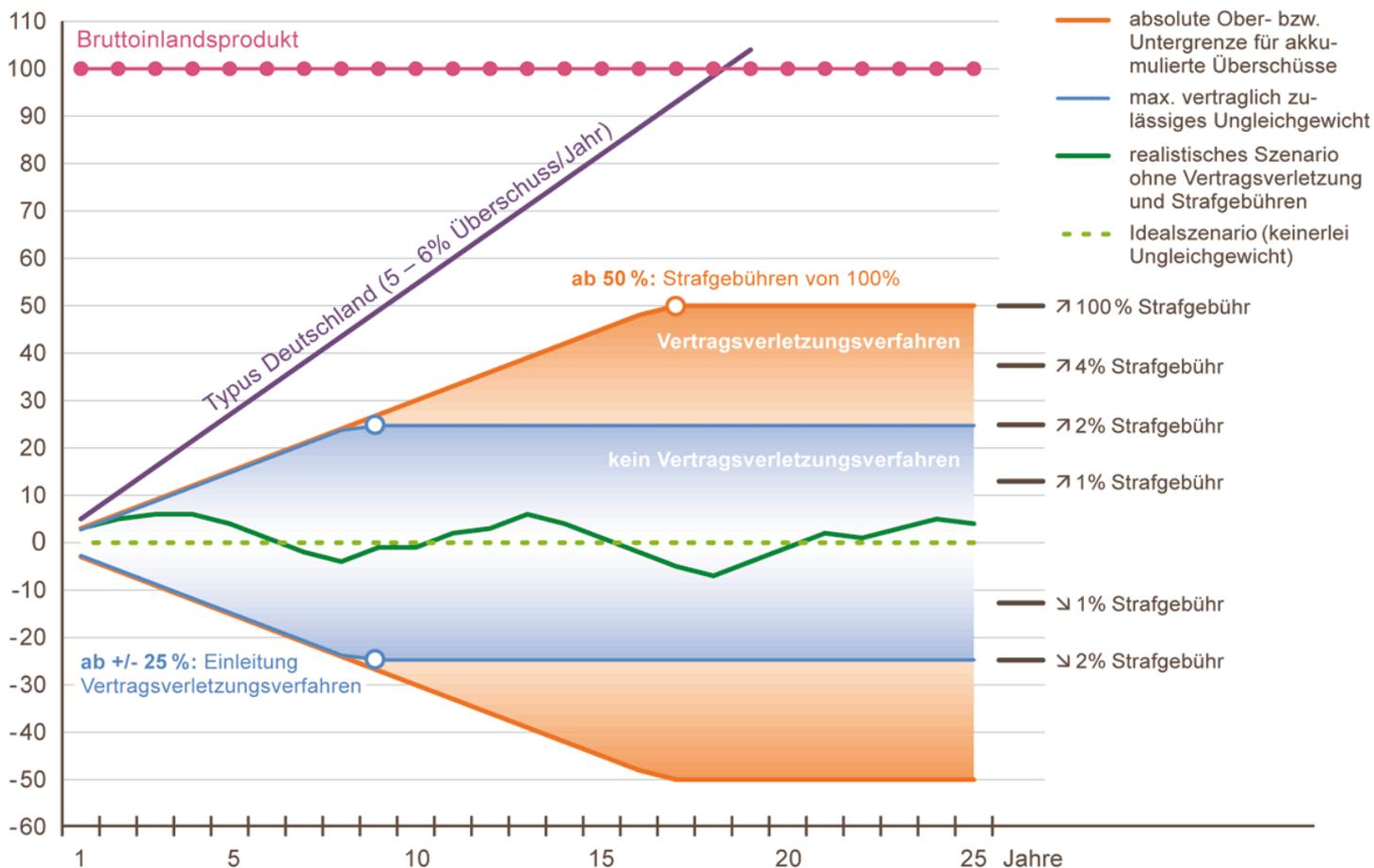
## 2. Eine Europäische Ausgleichsunion



- Ziel: ausgeglichene Leistungsbilanzen
- Anpassungsleistungen sowohl von Defizit- als auch Überschussländer
- Vorschlag von Keynes für Weltwirtschaftsordnung nach zweitem Weltkrieg
- zwänge Deutschland zu höheren Löhnen, öffentlichen Investitionen und allgemein zur Stärkung der Binnennachfrage
- Außenwirtschaftliches Gleichgewichts als Ziel seit 1967 in Stabilitäts- und Wachstumsgesetz verankert  
(Verstöße bleiben allerdings folgenlos)

# zu 2.: Funktionsweise der Ausgleichsunion

Zielkorridore für Leistungsbilanzen in der Europäischen Ausgleichsunion über 25 Jahre für ein Land mit 50% Exportanteil am BIP



# 3. Eine gemeinschaftliche Schuldenpolitik

- **Eurobonds** garantieren einheitliche niedrige Zinsen für alle. Krisenstaaten bekommen Wachstumsspielräume durch niedrigere Zinsen und wären nicht mehr von Finanzmärkten erpressbar.
- Aufhebung des Verbots der **direkten Staatsfinanzierung** durch die Europäische Zentralbank
- **Schuldenrestrukturierung** für überschuldete Staaten z.B. im Rahmen eines „Fairen und Transparenten Schiedsverfahrens“. Schiedsgericht entscheidet über das Ausmaß von Forderungsverzichten der Gläubiger

# 4. Wege zu einer europäischen Sozialunion

- Monitoring über Indikatoren in drei Themenfeldern:
  - **Arbeitsmarkt**  
(Arbeitslosenquote, Arbeitslosigkeit von Jugendlichen, Anteil prekärer Beschäftigungsverhältnisse)
  - **Lohn- und Einkommensentwicklung**  
(reale Lohnstückkosten, Anteil des Niedriglohnsektors, Armutsraten)
  - **Soziale Sicherung**  
(Höhe der Gesamtausgaben in Relation zum BIP)
- Überschreiten von Schwellenwerten löst präventive und sanktionsbewehrte **korrektive Maßnahmen** aus!
- auch denkbar: **europäische Arbeitslosenversicherung**

# 5. Schrumpfung der Finanzmärkte und schlagkräftigere Steuerpolitik

- Beschränkung der **Banken** auf ihre Kernfunktionen
- (Rück-)Verlagerung der privaten Gesundheits- und Altersvorsorge in die **gesetzliche und solidarische Sozialversicherung** mit Umlagefinanzierung
- **Finanz-TÜV**: nur ausdrücklich genehmigte Produkte und Geschäftspraktiken sind zulässig, anstelle des Hase-und-Igel-Prinzips
- **Finanztransaktionsteuer**
- Maßnahmenkatalog gegen **Steuervermeidung und Steuerhinterziehung**: begleitet durch höhere nationale Steuern auf hohe Einkommen, Vermögen und Unternehmensgewinne

# 6. Eine demokratisch legitimierte Europäische Wirtschaftsregierung

- EWiR verantwortet die **Umsetzung** des vorgestellten Alternativprogramms (Säulen 1-5)
- Mitwirkung der EWiR an der **Haushaltsgesetzgebung**:
  - Europäische Kommission erarbeitet Grundzüge der Wirtschaftspolitik und Eckwerte der Zentralhaushalte der Mitgliedstaaten
  - Billigung durch Ecofin mit doppelter Mehrheit und Europäischem Parlament mit absoluter Mehrheit
- langfristig weitere **Demokratisierung der EU** und Eurozone, insbesondere Aufwertung des Europäischen Parlaments

# Wozu eigentlich die EU?

- Einigung Europas nach den Erfahrungen zweier Weltkriege
- Klimawandel, Abrüstung, die Einhegung des Kapitals, der Kampf gegen Lohn- und Steuerdumping, gegen Kriminalität und Terrorismus – diese Themen lassen sich nicht mit mehr, sondern nur mit weniger Nationalstaat lösen
- EU steht auch für Überwindung von Grenzen, Vielfalt, Verständigung
- pro-europäische EU-Kritik knüpft an diese Stärken an und sucht Antworten auf die unübersehbaren Schwächen der EU

Klaus Busch/Axel Troost/  
Gesine Schwan/Frank Bsirske/  
Joachim Bischoff/Mechthild Schrooten/  
Harald Wolf:  
**„Europa geht auch solidarisch.  
Streitschrift für eine andere EU“**,  
11/2016, VSA-Verlag, Hamburg



**Vielen Dank!**

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

# Zwei gegensätzliche Strategien

Europa: Austerität

- striktes Sparregime
- minimaler Beistand für andere Staaten
- erst spät Umsteuern der Geldpolitik

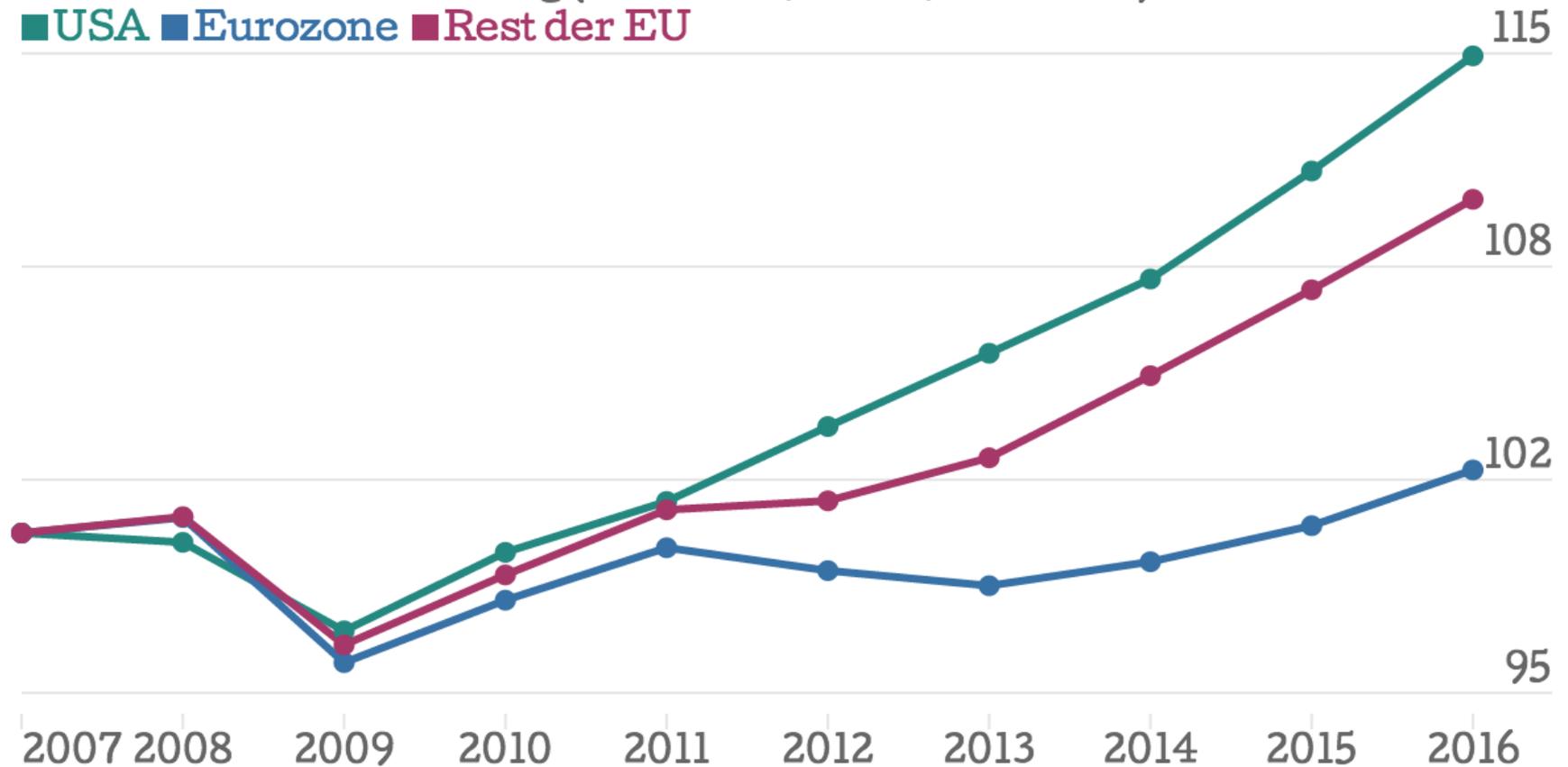
USA: Expansive Politik

- staatliche Ausgabenprogramme
- radikale Bankensanierung
- lockere Geldpolitik

# Zwei gegensätzliche Strategien: Wirtschaftswachstum

Wirtschaftliche Erholung (Real-BIP, index, 2007=100)

■ USA ■ Eurozone ■ Rest der EU



Grafik: nzz.at

Quelle: Europäische Kommission

# Europäische Währungsunion

Vorteile:

- keine Umtauschgebühren mehr
- keine Wechselkursschwankungen innerhalb der EWU mehr, bessere Planbarkeit
- Gefahr von spekulativen Währungsattacken stark verringert

Aber:

- gemeinsamer Leitzins der EZB
- keine Abfederung von Wettbewerbsunterschieden mehr durch Wechselkurse
- koordinierte Wirtschaftspolitik erforderlich

# Plan X - Griechenland

Zu den Empfehlungen der unter Varoufakis eingesetzten, geheimen Arbeitsgruppe des US-Ökonomen James Galbraith zu einem griechischen Euro-Ausstieg:

*„Das ganze Szenario fiel am Ende so düster aus, das auch Galbraith zutiefst erschrocken war. (...) Sollte Tsipras jemals mit dem Grexit geflirtet haben, wird er spätestens in diesem Moment realisiert haben, dass er diesen ‚Giftbecher‘ auf keinen Fall in die Hand nehmen darf.*

*Man stelle sich vor: Eine linke Regierung muss den Notstand ausrufen lassen, muss eine Belagerung der Banken durch ‚das Volk‘ verhindern, muss mit Hilfe der Armee für ‚Ruhe und Ordnung‘ sorgen, muss einen Lohnstopp verfügen, um die Inflation zu begrenzen, und hat dennoch keine Chance, die Zirkulation einer Parallelwährung und damit die sukzessive Entwertung der Neuen Drachme zu verhindern. Kurzum: ein Alptraum, der noch viel bedrückender ist als die Zumutung, eine tiefgreifende soziale und ökonomische Krise unter dem Diktat der Gläubiger zu verwalten.“*

Niels Kadritzke: „Grexit und linke Geisterfahrer“. Aus: LMD 13.03.2017

# Kurzfristiges Umsteuern selbst ohne Vertragsänderungen möglich

7 Optionen für eine expansive Finanzpolitik und höhere öffentliche Investitionen im Rahmen des bestehenden EU-Regelwerks:

- 1) aktiverer Einsatz der „Investitionsklausel“
- 2) befristete Investitionsprogramme zulassen (analog zum EFSI)
- 3) Interpretation befristeter Investitionsprogramme als Strukturreform
- 4) Ansatz eines realistischen Investitionsmultiplikators bei der Haushaltsanalyse
- 5) Spielraum in ökonomisch schlechten Zeiten nutzen
- 6) Ausnahme für schwerwiegenden Abschwung in EU oder Eurozone nutzen
- 7) Einsatz besserer Konjunkturbereinigungsverfahren

Quelle: Truger, A. (2016): Austeritätspolitik und Bildungskürzungen: Zur Diagnose und Therapie einer europäischen Krankheit, in: Bellmann, L., Grözing, G. (Hrsg.): Bildung in der Wissensgesellschaft, Jahrbuch Ökonomie und Gesellschaft, Bd. 28., Marburg: Metropolis 2016, 153-173.